

PRESSESTATEMENTS IM KONTEXT:

KRITIK AN LAUTERBACH UND REGIERUNGSKOMMISSION / EINE BEDARFSGERECHTE REFORM DER GEBURTSHILFE MUSS ANDERS AUSSEHEN

Berlin, 14.11.2022

DHV-Statement zur Petition „Keine Streichung der Hebammen aus dem Pflegebudget ab 2025!“

Wir begrüßen das Anliegen der Petition, das auch das unsere ist. Die Petition **“Keine Streichung der Hebammen aus dem Pflegebudget ab 2025!”** zeigt deutlich, dass es hier nicht um die Befindlichkeit einer einzelnen Berufsgruppe geht. Es geht vielmehr darum, die professionelle Betreuung und Versorgung von Frau und Kind in der Schwangerschaft, unter der Geburt und im Wochenbett sicherzustellen. Das ist ein Grundrecht, das jede Frau unabhängig vom sozialen Hintergrund für sich in Anspruch nehmen kann und für das wir uns hier in Deutschland als Gesellschaft verbürgen. Die aktuellen Gesetzesänderungen im GKV-FinStG aber auch in der Pflegepersonaluntergrenzen Verordnung haben die ohnehin sehr angespannte Situation in der klinischen Geburtshilfe noch mal massiv verschlechtert. Wenn Hebammen in der Versorgung nicht mitgedacht werden und für Hebammenhilfe im Wochenbett oder für die Betreuung von Risikoschwangeren kein Geld da ist, dann ist das nicht nur existentiell für Hebammen. Damit ist die Geburtshilfe als solche bedroht. Ohne eine adäquate Finanzierung wird alles in Frage gestellt, was wir mit respektvollen, sicheren und menschenwürdigen Bedingungen für Geburten in unserem Land verbinden.

Als Hebammenverband haben wir bereits mit einem Brandbrief und verschiedenen Stellungnahmen auf die katastrophalen Auswirkungen aufmerksam gemacht. Spätestens mit dieser Petition, deren Resonanz die Tragweite der aktuellen Gesetzesverstöße für alle Menschen hierzulande sichtbar macht, sind die politischen Entscheidungsträger*innen aufgerufen, das Anliegen ernst zu nehmen: Eine sichere, hochwertige geburtshilfliche Versorgung ist ohne Hebammen nicht möglich! Das gilt nicht nur, aber vor allem für die klinische Geburtshilfe! Dafür müssen zuerst die Fehler der vergangenen Monate korrigiert werden – und dann schnellstmöglich die vielfältigen strukturellen Probleme der klinischen Geburtshilfe behoben werden. Dafür bieten wir dem Gesetzgeber unsere Expertise an und stehen ihm mit Rat und Tat zur Seite.

DHV-Statement zu aktuellen Bekundungen Lauterbachs, die Hebammen wieder ins Pflegebudget aufzunehmen:

Wir freuen uns, wenn das Problem angekommen ist. Wir hoffen, dass dem auch Taten folgen und es eine verbindliche gesetzliche Regelung gibt. Dafür muss auch die PpUGV angepasst werden. Dann erst können die dringend notwendigen strukturellen Reformen in der klinischen Geburtshilfe sinnvoll geplant werden. Für die gute Versorgung von Frau und Kind brauchen wir eine Eins-zu-eins-Betreuung unter der Geburt, wie sie uns im Koalitionsvertrag verbrieft wurde, 100%-besetzte, idealerweise hebammengeleitete Kreißsäle, ein tragfähiges Personalkonzept in der klinischen Geburtshilfe. Die Vorhaltekosten müssen flächendeckend refinanziert werden. Das sind die ersten notwendigen Schritte, um das nationale Gesundheitsziel umzusetzen.

Aktuell müssen wir jeden geburtshilflichen Standort erhalten, denn wir können schon jetzt nicht mehr garantieren, dass wir die 780000 Geburten im Jahr räumlich und personell versorgen können.

Wir schätzen dass derzeit ca. 10% des Personals auf geburtshilflichen Stationen Hebammen sind (Vollzeitäquivalente), wobei die Tendenz steigend war und mehr gewünscht ist. Der bundesweite Durchschnitt ist aber dabei trügerisch – fortschrittliche Kliniken haben zum Teil bis zu 60- 80 % Hebammenanteile auf den Stationen. Andere leider keine. Genau die „gut“ arbeitenden Kliniken, die mit Rotationsmodellen und anderen personalfreundlichen Konzepten und damit auch keinen Fachkräftemangel haben, werden durch die PpUGV und das Pflegebudget jetzt bestraft. Der Trend hat sich umgekehrt, viele Stellen wurden schon gekündigt bzw. nicht mit Hebammen nachbesetzt, da bereits seit 1.1.22 die Hebammen nicht mehr auf die Personaluntergrenzen angerechnet werden. Der derzeit beschlossene Rausfall aus dem Pflegebudget beschleunigt den Prozess. Insofern ist es zu begrüßen, wenn das als erster Schritt rückgängig gemacht wird.